

Rechte der Verbraucher sollen gestärkt werden

Zu einer Klausur trafen sich LINKE Abgeordnete aus Bund und Ländern in Erfurt

Im Thüringer Landtag in Erfurt hatten sich am 20. Februar die Verbraucherpolitikerinnen und Verbraucherpolitiker der Bundestagsfraktion DIE LINKE und aller LINKEN Landtagsfraktionen zu einer Klausur getroffen. Ziel der Beratung war die Festlegung gemeinsamer Themen und Initiativen in diesem Jahr.

„Verbraucherschutz mit seinen vielen Schnittstellen ist eines der dynamischsten Politikfelder überhaupt“, hatte im Anschluss an die Beratung die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Susanne Hennig-Wellsow, erklärt (im Foto während der Beratung). „Ich freue mich, dass wir die verschiedenen Bereiche einer eigenständigen LINKEN Verbraucherpolitik gemeinsam beraten konnten. Wir wollen eine soziale Verbraucherpolitik gestalten, die die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärkt und diese gegenüber Unternehmen durchsetzt.“

Bei der gemeinsamen Erfurter Beratung wurde deutlich, dass sich eine an den Zielen einer sozialen und gerechten Gesellschaft orientierte Verbraucherschutzpolitik nicht mehr nur bei ihren ursprünglichen Handlungsfeldern wie einer guten Beratung aufhalten will. „Wir wollen eine Politik für Verbraucherinnen und Verbraucher gestalten, die es den Menschen er-



möglicht, sich auch unter Berücksichtigung von ökologischen und sozialen Aspekten zu entscheiden, sich umfassend zu informieren und vor allen Dingen, ihre Rechte in Anspruch zu nehmen“, so die Bundestagsabgeordnete Karin Binder.

Im Ergebnis der Klausur wurden konkrete Initiativen für die nächsten Monate vereinbart. „Hierzu gehört die Verbesserung der Schulverpflegung. Die LINKE im Bundestag und die LINKEN Landtagsfraktionen werden dieses Thema in den nächsten Monaten gemeinsam angehen und sowohl auf Länder- als auch auf Bundesebene konkrete Vorschläge machen“, so die Thüringer Landtagsabgeordnete Diana Skibbe.

Langfristiges Ziel ist eine hochwertige und unentgeltliche Kita- und Schulverpflegung, die alle Kinder und Jugendlichen erreicht. Dazu soll der Bund die Finanzierung der Verpflegung in Schulen und Kindertagesstätten sicherstellen. Qualitätsstandards und deren Einhaltung sollen festgeschrieben werden.

„Die Klausur hat eindrucksvoll gezeigt, dass die erfolgreiche Gestaltung einer eigenständigen LINKEN Verbraucherpolitik nicht nur an der Frage von Opposition oder Regierungsverantwortung hängt, sondern an der Kraft des Gestaltens. Dazu war die Tagung ein guter Auftakt“, sagte Diana Skibbe. Das begonnene Format soll regelmäßig fortgesetzt werden. ■

Fraktion begrüßt Petition der Freiwilligendienstleistenden

Unter dem Motto „Freie Fahrt für Freiwillige“ haben Freiwilligendienstleistende der Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung Thüringen e. V. (LKJ) eine Online-Petition zum Mitzeichnen gestartet. Ziel ist es, ein Semesterticket für Freiwilligendienstleistende im Raum Thüringen zu etablieren, so wie es für Studierende in Thüringen bereits existiert.

„Wir begrüßen die Initiative dieser engagierten jungen Leute“, so die jugendpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag Kati Engel. „Genau das zeigt uns doch, dass junge Menschen eben nicht politikverdrossen sind, sondern mitreden und sich einbringen wollen. Wir müssen ihnen nur diese Möglichkeiten auch einräumen.“

„Allerdings bleiben momentan junge Menschen, die einen freiwilligen Dienst ableisten zum Beispiel in einer kulturellen Einrichtung, komplett auf ihren Fahrtkosten sitzen“, erläutert die kulturpolitische Sprecherin Katja Mitteldorf. „Oft treten Jugendliche eine FSJ-Stelle gar nicht erst an, weil sie nicht wissen, wie sie diese Finanzierungslücke schließen sollen.“



„Natürlich wissen sowohl wir als auch die Landesregierung von der Problemlage der FSJlerInnen“, ergänzt die verkehrspolitische Sprecherin Dr. Gudrun Lukin. „Die Landesregierung hat sie deshalb in ihre Planungen eines Azubi-Tickets mit einbezogen.“

Die Thüringer Landesregierung will 2018 ein landesweites Ticket für Schülerinnen und Schüler der Klassen 11 und 12, für Personen im freiwilligen sozialen oder ökologischen Jahr sowie für Auszubildende vom Wohnort zur (Berufs-)Schule bzw. beim FSJ zum Einsatzort einführen. Auszubildende und Freiwilligendienstleistende sollen zudem die Möglichkeit erhalten, einen additiven Baustein im Bereich des Verkehrsverbunds Mittelthüringen (VMT) für 9,50 Euro zu erwerben, der dann sowohl zur Beförderung zum Arbeits-

platz als auch zur freien Nutzung des VMT-Angebotes und aller Angebote der DB-Regio berechtigt.

Die Petition hatte mit Stand vom 23. Februar 1.523 Unterzeichner und damit das Quorum für eine öffentliche Anhörung im Petitionsausschuss erreicht. „Das ist doch eine schöne Gelegenheit, mit diesen jungen Menschen ins Gespräch zu kommen und eventuell die eine oder andere Anregung für die Umsetzung des Azubi-Tickets mit auf den Weg zu nehmen“, so Kati Engel. ■

Nebenbei NOTIERT

von Annette Rudolph

Die Instrumente

Die erfreuliche Nachricht: Die Instrumente der parlamentarischen Demokratie funktionieren und demokratische Fraktionen sind sich in wichtigen Punkten einig. Die unerfreuliche Feststellung: Was die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag veranstaltet, wird zunehmend zu einem höchst unappetitlichem Klamauk.

Aber der Reihe nach: Die letzten dreitägigen Landtagssitzungen im Februar waren in weiten Teilen gekennzeichnet von Blockadeversuchen und hasserfüllten Ausfällen der sich alternativ nennenden Fraktion am rechten Rand. Dies gipfelte am Abend des zweiten Beratungstages, derweil mehr als 200 Thüringer Handwerker auf den Beginn des parlamentarischen Abends warteten, in einem widerlichen Spiel der Auslegung der Geschäftsordnung.

Die AfD-Fraktion verweigerte, in Erwartung größerer öffentlicher Aufmerksamkeit bei Vertagung auf den nächsten Morgen, stundenlang die Debatte zu ihrem eigenen Gesetzentwurf zum Thüringer Abgeordnetengesetz (siehe Meldung auf Seite 9). Es gelang ihr allerdings nicht, dem Parlament ihren Willen aufzuzwingen. Da waren sich die demokratischen Fraktionen von LINKE, SPD, Grünen und CDU einig.

Am nächsten Tag legte Parlamentspräsident Christian Carius (CDU) deutlich nach: „Die intensiv geführte Debatte zeigt, dass die Geschäftsordnung des Thüringer Landtags nicht trivial ist.“ Dass die drei Parlamentstage im Februar auch einen neuen Rekord an Ordnungsrufen gebracht haben dürfen, gehört ebenfalls dazu.

Das eine wie das andere sind keine Ruhmesblätter für das Parlament, das nicht nur in Thüringen von den Rechtspopulisten lediglich als Show-Bühne benutzt wird. Sich im demokratischen Spektrum allerdings einig zu sein und Missbräuchen der Demokratie die Instrumente zu zeigen, darauf kommt es eben (auch) an. ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.)
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.